

Nach dem Scheitern der Ideologien

Vom nationalen zum rationalen Interesse – Lerneffekte aus der Geschichte. Ein Essay aus aktuellem Anlass | Von Magnus Brechtken

Wer aktuelle Fernseh- und Internetnachrichten verfolgt, könnte meinen, dass die Welt am Abgrund steht: Ein amerikanischer Präsident, der sich verhält wie ein verhaltensgestörtes Kleinkind, ein britischer Premierminister, der im Parlament offenen Rechtsbruch ankündigt, ein ungarischer Ministerpräsident, der offen Antisemitismus propagiert und die Freiheiten von Medien und wissenschaftlicher Forschung bekämpft. Wir sehen populistische Nationalisten in vielen Ländern Europas und daneben autoritäre Regime in Russland und der Türkei, die allesamt verstörende Wirkungen bis in unser Alltagsleben zeigen. Von den Herausforderungen des Klimawandels und der Systemkonkurrenz durch die globalen Machtansprüche der Volksrepublik China ganz zu schweigen. Die Liste ließe sich leicht fortsetzen. Statt jedoch in Panik oder Depression zu verfallen, sind wir aufgerufen zu analysieren, zu verstehen und zu verteidigen was wir, nicht nur in Europa, in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut haben.

Wer in die Geschichte blickt erkennt: Die Herausforderungen unserer Gegenwart sind weder neu, noch sollten wir sie zum Anlass nehmen für Fatalismus oder Verzweiflung. Ganz im Gegenteil: Unsere Vorfahren sahen sich stets ähnlichen, oft größeren Herausforderungen gegenüber: persönliche Ohnmacht und enge Lebensgrenzen, Hunger und Krankheiten, Unterdrückung und Armut. Blicken wir in die Geschichte und machen uns die Entwicklung bewusst: Wir können sehen, wie unsere Vorfahren gelebt haben, kennen ihren Lebensalltag und ihre Weltsicht – und können ermesen, um wie vieles größer unser Wissen und unsere Chancen sind. Für unser Handeln in Politik und Wirtschaft, das Verhältnis der Geschlechter und unser Verhalten im Alltag stehen uns die Erkenntnisse aus Jahrtausenden zur Verfügung. Wenn unsere Vorfahren ohnmächtig waren, so hatte das meist ganz reale Gründe: ein Mangel an Wissen, politische Unterdrückung, gesell-



Furchen der Freiheit: Abraham Lincoln, 1865

schaftliche Zwänge, eine Weltsicht, die auf Glauben und Ideologien gründet statt auf Vernunft und analytischem Denken. Zugleich ist der Wille des Menschen zu lernen, zu verstehen und frei zu sein als Triebkraft immer erkennbar.

Nicht erst seit der Aufklärung gilt für uns alle die Forderung: Habe Mut, Deinen eigenen Verstand zu gebrauchen. Die Forderung beschreibt zugleich das Recht jedes einzelnen: „Kein Mensch ist gut genug, einen anderen Menschen ohne dessen Zustimmung zu regieren“ formulierte Abraham Lincoln dieses Prinzip 1854.

Es gilt für alle Menschen, gerade heute, auch wenn wir wissen, dass es keineswegs überall durchgesetzt ist und autoritäre Regime das Prinzip zu bestreiten suchen. Deshalb müssen wir bei allen politischen Programmen, gesellschaftlichen Systemen und Vorschlägen für wirtschaftliche Ordnungen immer danach fragen: Welches Menschenbild liegt diesem Vorschlag zu Grunde? Nimmt es den Freien, selbst bestimmten Menschen ernst?

Gerade die Herausforderungen der Gegenwart sind ein Aufruf, sich auf die Erfahrungen zu besinnen, die uns verfügbar

sind. Der Fortschritt des Wissens und ihrer Anwendung in der harten Welt von Wissenschaft, Technik und Medizin ist uns ganz selbstverständlich. Wer sich im Jahr 2020 einen entzündeten Zahn ziehen lassen muss, der geht zur Arztpraxis, nicht zum Dorfschmied. In der weichen Welt von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist die Entscheidungsfindung oft unübersichtlicher. Das liegt vor allem daran, dass vielen Menschen die Erfahrungen unserer Vorfahren, aus denen wir für unsere Gegenwart lernen können, kaum mehr vertraut sind. Dies aber ist der Wert der Geschichte: Wenn wir die Weltsicht, die Strukturen und die Folgen des Lebens unserer Vorfahren betrachten, können wir die passenden Erfahrungen nutzen und müssen deren Leid nicht wiederholen. Wir können verstehen, wie sich Rationalität, Aufklärung und Vernunft als erfolgreiche Prinzipien erwiesen haben. Demokratie, Rechtsstaat und Parlamentarismus, Gleichberechtigung der Geschlechter und politische Teilhabe aller Menschen – sie sind das weiche Äquivalent technischer Errungenschaften der harten Welt.

Im weltweiten Vergleich leben die meisten Europäer seit vielen Jahrzehnten auf einer Insel freiheitlicher und materieller Errungenschaften, die historisch beispiellos ist. Das hat Gründe. Sie liegen im Menschenbild und seinen Konsequenzen. Sie sind ein Lerneffekt aus der Geschichte:

Über die Jahre generierte die Praxis des abgestimmten Wirtschaftswettbewerbs wachsenden Wohlstand und bewahrte Freiheit, weil sich alle auf Regeln verständigten und Kompromisse akzeptierten, statt Vorteile auf Kosten anderer, womöglich gar durch gewaltsame Konflikte zu suchen. Die Zusammenarbeit förderte ein neues Verständnis von „nationalem Interesse“, der Nationalstaat löste sich vom Nationalismus. „Nationales Interesse“ wurde „rationales Interesse“, um gemeinsam größere Wettbewerbsfähigkeit, Regeln und Humanität zu sichern.

Derzeit scheint es, als sei das Bewusstsein für die historischen Erfolge von Demokratie und Parlamentarismus, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und die offene Gesellschaft bei vielen Bürgern verblasst. Das Ignorieren historischer Erfahrungen schadet uns, Irrationalität ist auf lange Sicht tödlich. Deshalb müssen wir Werte, Errungenschaften und Regeln unseres rationalen Zusammenlebens immer wieder in Erinnerung rufen.

Das bedeutet auch: wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Grundlagen unserer Demokratie, der Freiheit des Individuums und der gleichen Rechte verteidigt werden. Nach innen gegen die Versuchungen des Populismus und Nationalismus, der einfache Lösungen für komplexe Fragen verspricht und damit die Grundlagen unserer Freiheit und unseres Wohlstands zerstört. Nach außen gegen alle Behauptungen, dass autoritäre Herrschaftssysteme den Menschen ein besseres Leben bieten könnten.

Auf Dauer zeigt sich im Wettbewerb der Systeme stets jene Gesellschaft als kreativer und resilienter, die den einzelnen Menschen nicht nur als Objekt und Teil einer Masse betrachtet, sondern auf die Freiheit des Individuums, seine Kreativität und intrinsische Motivation vertraut. Es bleibt eine dauernde Herausforderung, sich dieses Wertes der Geschichte für unsere Gegenwart bewusst zu machen – und sich immer wieder dafür einzusetzen.



PROF. DR. MAGNUS BRECHTKEN

ist Stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München. Ende August erschien sein neues Buch „Der Wert der Geschichte. Zehn Lektionen für die Gegenwart“. 2017 veröffentlichte Brechtken die von Fachwelt und Publikum hochgelobte Studie „Albert Speer. Eine deutsche Karriere“ (beide bei Siedler).

Projektionsfläche Putin

30 Jahre deutsch-deutsche Russlandbilder – eine Bilanz aus aktuellem Anlass | Von Gwendolyn Sasse

Dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung stellt sich verstärkt die Frage, wie „einig“ sich die Deutschen sind. Meinungsumfragen legen regelmäßig nahe, dass sich die Russlandansichten in Ost- und Westdeutschland unterscheiden. Ostdeutsche Politikerinnen und Politiker vermitteln medienwirksam den Eindruck einer besonderen wirtschaftlichen Nähe zu Russland, fordern eine Lockerung der als Antwort auf die Krim-Annexion und den Krieg in der Ostukraine verhängten Sanktionen oder beziehen gemeinsam Stellung gegen den Baustopp von Nord Stream 2 als Reaktion auf den Anschlag auf Alexej Nawalny.

Die Annahme historischer Kontinuitäten differenziert nicht zwischen der ehemaligen Sowjetunion und dem heutigen Russland. Sie impliziert ein zu positiv konnotiertes Verhältnis zwischen DDR-Bürgern und der Sowjetunion – eine gewisse politische Naivität – und reiht sich somit nahtlos in die westdeutschen Stereotypen über Ostdeutsche ein.

Die Frage nach den Differenzen im Russlandbild ist politisch relevant: Für die deutsche Außenpolitik verbindet sich damit die Herausforderung, eine kohärente Politik zu

formulieren. Deutschlands Schlüsselrolle in der EU-Russland-Politik macht dieses Thema zu einer europaweiten Frage.

Eine demnächst erscheinende Studie des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) ging im November 2019 anhand einer Umfrage und Fokusgruppendifkussionen den Fragen nach, wie groß die Unterschiede wirklich sind, welche Rolle dabei die persönlichen Kontakte nach Russland spielen, und ob es typische Argumentationsmuster hinter russlandaffinen Einstellungen gibt.

Die Umfrage testete verschiedene Assoziationen mit dem Namen Wladimir Putin: Der jetzige Wohnort ist bei der Assoziation „Bedrohung für Europa“ wichtiger als der Geburtsort. Persönliche Kontakte nach Russland lassen Putin weniger als Bedrohung und stärker als „effektiven Präsidenten“ erscheinen; während sie beim Gedanken an „Repressionen in Russland“ keine signifikante Rolle spielen. Die Menschen in der deutschen Hauptstadt sind sich der Repressionen in Russland stärker bewusst.

Allerdings sind Faktoren wie Alter, Geschlecht und Bildungsgrad, unabhängig vom Geburts- oder Wohnort ebenfalls von Bedeutung. Die ältere Generation assoziiert

Putins Namen stärker mit Repressionen als die jüngere Generation – ein Hinweis darauf, dass diejenigen mit persönlicher DDR-Erfahrung keine Illusionen über die Kontrollmechanismen der Sowjetunion oder Russlands haben. Männer neigen eher als Frauen dazu, Putin als „effektiven Präsidenten“ zu sehen, aber sie benennen auch die Repressionen häufiger. Frauen assoziieren mit Putin eher eine Bedrohung für Europa als Männer. Mit einer Orientierung zum rechten Rand des deutschen Parteienspektrums steigt die Wahrscheinlichkeit, in Putin einen effektiven Präsidenten zu sehen.

Laut ZOIS-Umfrage wünschen sich ein Drittel der Deutschen engere deutsch-russische Beziehungen. 23 Prozent fanden

die deutsch-russischen Beziehungen genau richtig, und 9 Prozent gaben an, dass die Beziehungen zu eng seien. Mit knapp 40 Prozent war der Anteil derer, die auf diese Frage keine Antwort gaben, sehr hoch.

Die aus den Fokusgruppendifkussionen ersichtlichen Muster der positiven Russland- bzw. Putin-Bilder sind sich sehr ähnlich in Ost und West. Neben einer deutsch-deutschen Dankbarkeit für die durch „Moskau“ ermöglichte friedliche Wiedervereinigung, stehen vor allem Argumente, die Reaktionen auf die deutsche Innen- und Außenpolitik filtern. Zu den an Putin gemessenen Erwartungen an die deutsche Politik gehören: der Wunsch nach „Stärke“ bei der Durchsetzung politischer Entscheidungen, „Volksnähe“ der führenden Politikerinnen und Politiker und „Nationalstolz“.

Die Diskutierenden bringen unaufgefordert immer wieder ein Gefühl der Unwissenheit über Russland zum Ausdruck, gepaart mit einer ausgeprägten Skepsis gegenüber der als einseitig negativ empfundenen deutschen Medienberichterstattung. So ist etwa das Unwissen über das Sanktionsregime der EU und Russlands groß. Die Kritik bezieht sich generell auf das Prinzip von Sanktionen, die in der Regel die „Falschen“ treffen.

Die häufig in Meinungsumfragen gestellten Fragen nach der Stärkung oder Lockerung von Sanktionen gegenüber Russland sind somit nur begrenzt aussagekräftig.

Die Diskussion über Russland und Putin bietet in erster Linie eine Projektionsfläche für Kritik und Forderungen in Bezug auf die deutsche, europäische und amerikanische Politik. Sie lenkt die Aufmerksamkeit somit auf die Herausforderungen, denen sich Demokratien stellen müssen. Es scheint, als ob die persönlichen Alltagserfahrungen mit der Sowjetunion und Wahrnehmungen des heutigen Russlands 30 Jahre nach der Wiedervereinigung eine Möglichkeit für einen Gesprächseinstieg bieten – in Ost- und Westdeutschland und vielleicht auch über verbleibende innere Grenzen hinweg.

Es wäre einen Versuch wert und könnte dabei helfen, die Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.



PROF. DR. GWENDOLYN SASSE

ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS).

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Langer Lauf

Am Anfang war Mülheim an der Ruhr, 1994. In Bonn regierte Helmut Kohl mit der FDP. Joscha Fischer trimmte seine Partei auf SPD-Koalitionen zurück. So wie Kohl mit den Grünen, wollte auch Fischer mit der CDU nichts zu tun haben. „Rot-grünes Chaos“ stand gegen „Der Alte muss weg“. Tertium non datur? Am Rande des Ruhrgebiets aber geschah Ungeheuerliches. Im Stadtrat wurde ein schwarz-grünes Bündnis geschmiedet, das erste in einer deutschen Großstadt. Hans-Georg Specht (CDU) wurde mit den Stimmen der Grünen zum Oberbürgermeister gewählt, Wilhelm Knabe mit den Stimmen der CDU zum Bürgermeister. Ausgerechnet Knabe, ein ehemaliges CDU-Mitglied, der zu den Gründungsvätern der Grünen gehörte und in Nordrhein-Westfalen Landes- und später in Bonn Bundesvorsitzender gewesen war. Das sozialdemokratische Monopol war gebrochen – in Mülheim. Fünf Jahre hielt die kommunale Besonderlichkeit durch – trotz aller Widerstände und Prognosen. Doch auch in Bonn geschah Unglaubliches. Junge Abgeordnete der CDU und der Grünen trafen sich regelmäßig im *Sassella*, und weil es ein Italiener war, wurde der Name *Pizza-Connection* erfunden. Was auffiel: Die meisten CDU-Wortführer der Runde stammten aus Nordrhein-Westfalen. Bundesweit machten sie später Karriere: Hermann Gröhe, Armin Laschet, Ronald Pofalla, Norbert Röttgen, alle vier aus dem Rheinland. Kohl war nicht amüsiert. Fischer auch nicht. 1995 verlor die SPD an Rhein und Ruhr die absolute Mehrheit. Doch den neuen Koalitionspartner, die Grünen, behandelte sie weiter von oben herab, als sei nichts geschoben.

Monopolisten neigen nun mal zur Überheblichkeit. Also kam es noch während der rot-grünen Bundesregierung in Duisburg, Essen und Köln zu schwarz-grünen kommunalen Bündnissen. Es folgten Aachen, Bonn, Wuppertal und Dortmund. Jetzt wurden die Grünen – trotz Corona und nach zwischenzeitlichem Umfragetief – zum Machtfaktor. In Köln setzten sie mit Unterstützung der CDU eine Parteilose als Oberbürgermeisterin durch. In Aachen und Bonn nahmen sie dank der SPD der CDU den Chefessel im Rathaus ab. In Wuppertal wurde mit Hilfe der CDU ein Grüner und in Mülheim an der Ruhr mit grüner Unterstützung ein CDU-Mitglied zum Oberbürgermeister gewählt. Zweimal wurde das größte deutsche Bundesland schwarz-grün eingefärbt: voriges Jahr bei der Europawahl und nun auch bei den Kommunalwahlen. Das Fundament für die Bundestagswahl ist gelegt.

DER HAUPTSTADTBRIEF. Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter